

## FDP will eigenständige Agrarpolitik - Hocker für Technologieoffenheit und Innovationen

Die FDP geht auf Distanz zu ihren Partnern einer möglichen Jamaika-Koalition im Bund. „Bei der Frage, wie Landwirtschaft in Zukunft aussehen soll, welche Rolle moderne Technologien dabei spielen oder welchen Rahmen die Gemeinsame Agrarpolitik setzen soll, sind die Diskrepanzen riesengroß“, sagt der agrarpolitische Sprecher der FDP-Bundestagsfraktion, Dr. Gero Hocker, im Interview. Insbesondere zwischen den Liberalen und den Grünen seien die Differenzen größer als in anderen Bereichen. Hocker nennt Technologieoffenheit und Innovationen als Schlüssel für hohe Produktqualität und eine effiziente Produktion. Er ist für eine Beibehaltung der EU-Direktzahlungen und gegen staatliche Eingriffe in den Bodenmarkt.

Länderberichte 1

## Juncker-Trump-Erklärung: Mehr Sojaimporte der EU - Rukwied gegen Zugeständnisse bei GVO

Laut einer gemeinsamen Erklärung von EU-Kommissionspräsident Jean-Claude Juncker und US-Präsident Donald Trump wollen beide Seiten den Handelsstreit beenden. Dabei sollen unter anderem bestehende EU-Importbarrieren für US-Sojaimporte fallen. Da kein Einfuhrzoll auf US-Sojabohnen erhoben wird, kann aus Sicht der Union zur Förderung von Öl- und Proteinpflanzen (UFOP) damit nur eine beschleunigte Zulassung von gentechnisch veränderten Organismen (GVO) durch die EU gemeint sein. Der Präsident des Deutschen Bauernverbandes (DBV), Joachim Rukwied, betonte indes, dass bei der GVO-Kennzeichnung keinerlei Zugeständnisse gemacht werden dürften.

EU-Nachrichten 4

## Habeck fordert stärkere Qualifizierung der Agrarbeihilfen - „Alte Logik“ wird beibehalten

Eine deutlich stärkere Qualifizierung der EU-Agrarbeihilfen fordert der schleswig-holsteinische Landwirtschaftsminister und Bundesvorsitzende von Bündnis 90/Die Grünen, Dr. Robert Habeck, im Hinblick auf die Gemeinsame Agrarpolitik (GAP) nach 2020. Er beklagt, dass die „alte Logik“ beibehalten werden solle. Das Prinzip aber müsse sein, öffentliches Geld nur noch für öffentliche Leistungen auszugeben. Für die Einhaltung von Ordnungsrecht könnten nicht automatisch Entschädigungen gezahlt werden, so Habeck gegenüber AGRA-EUROPE. Für besonders fatal hält er, dass vor allem an der Zweiten Säule gekürzt werden soll. In der vorgesehenen Option der Mittelumschichtung sieht der Minister nur eine „Nebelkerze“.

EU-Nachrichten 1

## EuGH: Mutagenese fällt unter GVO-Richtlinie

Organismen die durch Mutagenese gewonnen werden, sind aus Sicht der Richter am Europäischen Gerichtshof (EuGH) in Luxemburg mit gentechnisch veränderten Organismen (GVO) gleichzusetzen und unterliegen damit der entsprechenden EU-Richtlinie. Davon dürfte auch die CRISPR/Cas-Methode betroffen sein. Ausgenommen sind den EU-Richtern zufolge lediglich Organismen, die durch Verfahren entstanden sind, die schon seit längerem bekannt sind. Den Mitgliedstaaten steht es jedoch frei, auch für solche Methoden die Vorschriften entsprechend der GVO-Richtlinie enger zu fassen. Kritik an dem EuGH-Urteil kam von den EU-Ausschüssen der Bauernverbände (COPA) und ländlichen Genossenschaften (COGECA). Aus ihrer Sicht droht ein weiterer Rückschritt für die EU-Landwirtschaft. COPA-Präsident Joachim Rukwied warnte, dass Europa den Anschluss an andere Weltregionen verpasse. Der Deutsche Raiffeisenverband und der Grain Club sehen unkalkulierbare Risiken auf den internationalen Rohstoff- und Warenhandel zukommen. Besonders scharf reagierten die Pflanzenzüchter und Biotechnologen in einzelnen EU-Ländern. Wissenschaftliche Erkenntnisse würden missachtet. Europa werde zu einem „Pflanzenzuchtmuseum“, so ihre Warnung. Der Bundesverband Deutscher Pflanzenzüchter (BDP) verwies darauf, dass entsprechende Produkte in anderen Ländern bereits ohne Regulierungsaufgaben in den Markt kämen. Begrüßt wurde das EuGH-Urteil von Öko- und Umweltverbänden. Sie forderten jetzt Referenzmaterialien und Nachweisverfahren der Hersteller.

EU-Nachrichten 8 und 9, Länderberichte 16